



An den Grossen Rat

16.5588.01

Regiokommission
Basel, 30. November 2016

Kommissionsbeschluss vom 30. November 2016

**Bericht der Regiokommission zur grenzüberschreitenden
Zusammenarbeit 2015/2016**

**inklusive Bericht der Schweizer Delegationen des Districtsrats und des
Oberrheinrats zur Kooperation im Trinationalen Eurodistrict Basel und
in der Oberrheinregion**

Inhalt

1. Einleitung	3
2. Behandelte Themen und Einschätzungen	3
2.1 Allgemeines	3
2.2 Sachvorlagen des Grossen Rats: TEB und IBA 2020	3
2.2.1 Trinationaler Eurodistrict Basel (TEB)	3
2.2.2 IBA Basel 2020	4
2.3 Grenzüberschreitender Verkehr	5
2.3.1 Herzstück Regio-S-Bahn und Vorfinanzierung	5
2.3.2 Staatsvertrag für den EuroAirport	6
2.3.3 Trinationale Tariflösungen	6
2.4 Grenzüberschreitender Kultur- und Bildungsaustausch und Arbeitsmarkt	6
2.4.1 Fachkräftemangel und Sprachausbildung	6
2.4.2 Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative	6
2.5 Grenzüberschreitende Sicherheit und Katastrophenhilfe	7
2.5.1 Grenzüberschreitende Katastrophenvorsorge	7
2.5.2 Nationale Erdbebenversicherung	7
2.5.3 Kesslergrube Grenzach-Wyhlen	7
2.6 Kooperationsstrukturen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	8
2.6.1 Straffung der Kooperationsstrukturen und «Haus der Region»	8
2.6.2 Kürzungen bei Gremien durch BL – gefährdete Parität BS/BL	8
2.6.3 Kürzungen bei weiteren Kantonen – Positionierung des Kantons Aargau?	9
2.6.4 Französische Territorialreform	10
2.7 Allgemeine Würdigung der Berichtsperiode	11
3. Empfehlungen	12
4. Antrag	14

Anhänge

Bericht der Schweizer Delegation des Districtsrates

Bericht der Schweizer Delegation des Oberrheinrates

1. Einleitung

Die Regiokommission ist zur periodischen Berichterstattung über die Aktivitäten ihrer Mitglieder in den trinationalen Gremien Oberrheinrat und Districtsrat verpflichtet. Sie nutzt die Gelegenheit, um über ihre wichtigsten Aktivitäten als Sachkommission und über grundsätzliche Beobachtungen zu berichten und um Empfehlungen zur Kantons- und Landesgrenzen überschreitenden Zusammenarbeit zu formulieren. Der Bericht bezieht sich auf die 2. Legislaturhälfte (Februar 2015 bis November 2016).

Die Berichterstattung zu Districtsrat und Oberrheinrat erfolgt zum zweiten Mal durch die Delegierten der Kantone bzw. der Mitgliedergemeinden von Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn und Jura. Die Berichte finden sich im Anhang.

Für den Grossen Rat stellt die Regiokommission alle Vertreterinnen und Vertreter in den trinationalen Gremien. (Zusammensetzung siehe jeweils S. 3 der Delegationsberichte). Die Kommission war 2016 umso stärker vertreten, als ihre Mitglieder Helmut Hersberger Präsident des Oberrheinrats und Heinrich Ueberwasser Präsident des Districtsrats waren.

Die Regiokommission befürwortet für den Districtsrat künftig eine Zusammensetzung, bei welcher alle Kommissionsmitglieder Mitglied (evtl. Ersatzmitglied) des Districtsrats sein können. Ziel ist dabei nicht eine Veränderung der Stimmengewichte zugunsten von Basel-Stadt. Die Kommission erachtet es jedoch als wichtig, dass alle ihre Mitglieder die unmittelbaren Informationen erhalten und Kontakte pflegen können, die mit einer Mitgliedschaft im Districtsrat verbunden sind. Eine konkrete Umsetzung wäre im engen Dialog mit allen Delegationen auszugestalten.

2. Behandelte Themen und Einschätzungen

2.1 Allgemeines

Die Regiokommission hat in der Berichtsphase nur zwei Sachvorlagen behandelt: Die weitere Finanzierung des Trinationalen Eurodistricts Basel/Infobest Palmrain und die weitere Finanzierung der IBA Basel 2020. Im Vordergrund ihrer Tätigkeit standen Anhörungen und Überlegungen zu Entwicklungen, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit einem Sachgeschäft standen, für die Region Basel aber gleichwohl eminent wichtig waren und sind. Aus gewissen Themen resultierten politische Vorstösse, andere Themen wurden in die trinationalen Gremien eingebracht.

Die Kommission hat für die Legislatur vier Themenschwerpunkte festgelegt. Es handelt sich dabei um die Themen Verkehr, Bildungs- und Kulturaustausch, Sicherheit und Katastrophenhilfe. Zusätzlich wurde zu Beginn der Legislatur auch die Fusionsinitiative eingehend behandelt. Auf letztere wird nicht mehr eingegangen. Zur Verfolgung der Schwerpunkte in der ersten Legislaturhälfte s. Bericht der Regiokommission Nr. 15.5145 vom 13. März 2015.

2.2 Sachvorlagen des Grossen Rats: TEB und IBA 2020

2.2.1 Trinationaler Eurodistrict Basel (TEB)

Mit dem Ausgabenbericht Nr. 16.0998.01 vom 29. Juni 2016 beantragte der Regierungsrat dem Grossen Rat die Fortführung der Finanzierung des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) und

der Informations- und Beratungsstelle Infobest Palmrain für die Jahre 2017 bis 2019 im Umfang von insgesamt 438'153 Franken, also pro Jahr rund 146'000 Franken. Von diesem jährlichen Betrag entfielen rund 81'000 Franken auf den TEB sowie knapp 65'000 Franken auf die Infobest Palmrain.

Der TEB dient als Kooperationsgefäss auf lokaler Ebene für die trinationale Agglomeration rund um Basel. Seine Schwerpunktthemen sind der Verkehr und die Mobilität, die Raumentwicklung, die Tarifkooperation sowie die Bürgerbegegnung und der grenzüberschreitende Austausch. Der TEB ist aus Sicht der Regiokommission enorm wichtig für die trinationale Zusammenarbeit: Er legt quasi den strukturellen Boden, auf dem Basel-Stadt sein gemeinsames, koordiniertes Handeln mit den Partnern gestalten kann.

Mit der Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen *Infobest Palmrain* verfügt die trinationale Agglomeration seit 1993 über einen kompetenten und bürgernahen Dienstleister für grenzüberschreitende Fragen aller Art. Insbesondere Grenzgängerinnen und Grenzgänger nutzen dieses Angebot sehr rege, wodurch auf Schweizer Seite der regionale Arbeitsmarkt profitiert und die kantonalen Verwaltungen massgeblich entlastet werden. Die Regiokommission ist überzeugt, dass Infobest Palmrain die jährlich rund 5000 Anfragen professioneller und effizienter beantworten kann, als wenn diese von verschiedensten kantonalen Dienststellen bewältigt werden müssten.

Der Ratschlag war daher in der Regiokommission unbestritten, insbesondere weil die Kommission der Überzeugung war, dass mit diesen zwei Institutionen zwei wichtige und sinnvolle Leistungen in der trinationalen Zusammenarbeit unterhalten werden, die in dieser Form bestehen bleiben müssen und die mit diesen Beträgen keinesfalls überzahlt, ja eher finanziell knapp gehalten werden.

2.2.2 IBA Basel 2020

Internationale Bauausstellungen IBA's haben in Deutschland eine lange Tradition und sie sind in der internationalen Fachwelt als wichtiges Instrument der Raum- und Stadtentwicklung anerkannt. IBA's sind eben keine richtigen Ausstellungen, Baumessen oder ähnliches, sondern es sind auf mehrere Jahre angelegte Entwicklungsplattformen für Städte oder gar Regionen mit Langzeitwirkung. «Imaginer et Bâtir l'Avenir» – so der französische Titel. Die IBA Basel 2020 will nichts weniger als das: Die Zukunft der trinationalen Region Basel gestalten, oder zumindest mitgestalten.

Die Regiokommission hat der weiteren Finanzierung der IBA Basel 2020 im Umfang von 2,8 Mio. Franken im Oktober 2016 mit Überzeugung und einstimmig zugestimmt. In der Vorberatung konnten die IBA-Verantwortlichen den von ihnen erbrachten Mehrwert aufzeigen. Während beispielsweise das Agglomerationsprogramm Basel bei Projekten wie der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke den Verkehr als Schwerpunkt hat, konzentriert sich die IBA auf die Siedlungs- und Landschaftsentwicklung (zum Beispiel mit der Erarbeitung von Potenzialstudien, Dynamisierung von Bahnhöfen etc.) – immer im Interesse der nachhaltigen Entwicklung des gesamten trinationalen Raums.

Erfreulicherweise kann die IBA eine zusätzliche Beteiligung von Partnern verzeichnen, und zwar nicht zuletzt von Baselbieter Gemeinden wie Allschwil, Arlesheim, Münchenstein MuttENZ, Aesch, Liestal, Reinach und Pfeffingen. Wichtige Projekte wie der Birspark Landschaft, das Polyfeld MuttENZ und der Parc des Carrières bei Allschwil sind dort angesiedelt.

Gegenüber Regierungsrat Hans-Peter Wessels, der auch Präsident der IBA Basel 2020 ist, äusserte die Kommission die Erwartung, dass die Überführung der IBA-Projekte in andere geeignete Strukturen frühzeitig geplant wird. Die IBA endet Mitte 2021; die Realisierungsphase mancher Projekte wird aber deutlich länger dauern.

2.3 Grenzüberschreitender Verkehr

2.3.1 Herzstück Regio-S-Bahn und Vorfinanzierung

Das Agglomerationsprogramm Basel koordiniert die Verkehrs- und Siedlungsentwicklung in der trinationalen Region Basel. Die Regiokommission liess sich deshalb im November 2015 von Patrick Leypoldt, Leiter der Geschäftsstelle Agglo Basel, über den Stand des Agglomerationsprogramms 3. Generation informieren. Im April 2016 folgte ein Update von Patrick Leypoldt und Götz Schackenberg, Projektleiter Herzstück bei Agglo Basel, zur S-Bahnplanung und dem «Herzstück». Nach dem trinationalen Bahnkongress vom 26./27. April 2016, an welchem neue Linienvorschläge zum «Herzstück» auch Kritik auslösten, stellte sich die Kommission mit einem Brief an Verkehrsministerin Doris Leuthard klar hinter den Bau einer Durchmesserlinie und die von der Basler Regierung angebotene Vorfinanzierung des «Herzstücks». (S. Medienmitteilung vom 27.4.2016).

Die Regiokommission ist überzeugt, dass die trinationale S-Bahn einen entscheidenden Impuls für die Entwicklung der Region bedeutet. Sie bringt eine Entlastung für die stark befahrene Strasseninfrastruktur, steigert die Attraktivität der Region als Arbeits- und Lebensraum sowie der Stadt Basel als Zentrum der Region und trägt zur Entflechtung der verschiedenen Verkehre auf der Schiene bei. Die Kommission ist sich aber bewusst, dass die Bundesmittel knapp und die Chancen, dass das Herzstück in den Ausbauschritt 2030 des Strategischen Entwicklungsprogramms der Bahninfrastruktur aufgenommen wird, ungewiss sind. Sie hat deshalb im November mit der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) eine gemeinsame Motion eingereicht, mit welcher der Regierungsrat beauftragt werden soll, mit dem Bund raschmöglichst Verhandlungen über eine Vorfinanzierung des «Herzstücks» aufzunehmen und dem Grossen Rat bis Ende 2017 eine Beschlussvorlage zur Vorfinanzierung vorzulegen. (s. Medienmitteilung vom 11.11.2016) Die Rückzahlung der vorfinanzierten Mittel könnte dann aus den Geldern des Ausbaus Schritts 2035 erfolgen.

Auf Initiative der Schweizer Mitglieder hat sich auch der Oberrheinrat am 6. Juni 2016 mit einer Resolution «Gemeinsamer Verkehrsraum Oberrhein» für einen Ausbau der trinationalen S-Bahn Basel und als Teile davon den Bahnanschluss an den EuroAirport und die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke ausgesprochen.

Der Verein Agglo Basel hat in den letzten Jahren stark an Gewicht gewonnen; mit dem 3. Agglomerationsprogramm hat er nach Vorgabe des Bundes nun auch eine trinationale Trägerschaft. Der Verein Agglo Basel hat den Trinationalen Eurodistrict Basel in der trinationalen Verkehrs- und Raumplanung weitgehend abgelöst. Bei letzterem sind primär noch die Themen Tarifkooperation und Mobilitätsmanagement angesiedelt. Der Regiokommission ist es deshalb wichtig, dass der Verein Agglo Basel parlamentarisch eng begleitet wird.

2.3.2 Staatsvertrag für den EuroAirport

Im Januar 2016 verabschiedeten die Schweiz und Frankreich eine gemeinsame Erklärung zum EuroAirport, die das Fundament für eine langfristige Lösung der Steuerfragen legte und zum raschen Abschluss eines neuen Staatsvertrags führen sollte. Weil sich letzterer verzögerte, verabschiedete der Oberrheinrat auf Initiative von Schweizer Mitgliedern am 6. Juni 2016 einstimmig eine Resolution, die den raschen Abschluss des Staatsvertrags fordert. Nur so könne die dringend benötigte Rechtssicherheit für Firmen garantiert und der EuroAirport als trinationaler Flughafen der Region Oberrhein wieder gestärkt werden.

2.3.3 Trinationale Tariflösungen

Die Regiokommission stellt fest, dass sich auch in der Berichtsphase nichts an der höchst unbefriedigenden Situation im Bereich grenzüberschreitende ÖV-Tickets geändert hat. Sie findet es zudem erstaunlich, dass grenzüberschreitende Tramlinien in Bau gehen, ohne dass die Tarifffrage geklärt ist (Tram 3 nach Saint-Louis) bzw. dass getroffene Regelungen rückgängig gemacht werden (Gültigkeit von GA und Halbtax auf der Tramlinie 8 nach Weil am Rhein). Die Regiokommission erachtet es als richtig und wichtig, dass sie sich auch künftig konsequent für trinationale einheitliche Tariflösungen einsetzt.

2.4 Grenzüberschreitender Kultur- und Bildungsaustausch und Arbeitsmarkt

2.4.1 Fachkräftemangel und Sprachausbildung

In ihrem letzten Bericht hat die Regiokommission bedauert, dass es wenig Angebote für innovative Sprachaustausche «vor der Haustür» Basels gibt und sich der Kanton auch auf Lehrlingsstufe nicht für eine Förderung von Sprachpraktika als zuständig erachtet. In der Berichtsphase haben die trinationalen Gremien das Thema Sprache und grenzüberschreitende Berufsbildung weiterverfolgt – nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit dem in der Schweiz und in Deutschland bestehenden Fachkräftemangel, etwa im Gesundheitswesen.

2.4.2 Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

Die 2014 von der Bevölkerung knapp angenommene Masseneinwanderungsinitiative sieht auch für Grenzgängerinnen und Grenzgänger explizit Höchstzahlen vor, obwohl sie per Definition keine Zuwanderer sind. Die Wirtschaftsregion Nordwestschweiz ist auf ihre rund 65'000 Grenzgänger und Grenzgängerinnen existenziell angewiesen. Um mögliche Lösungen auf Bundes- und Kantonsebene zu diskutieren, hörte die Kommission im August 2015 Regierungsrat Christoph Brutschin, Vorsteher WSU, Barbara Gutzwiller, Direktorin des Arbeitgeberverbandes und Hansjürg Dolder, Leiter des Amts für Wirtschaft und Arbeit an. Die Gäste legten dar, dass das Potenzial inländischer Arbeitskräfte beschränkt sei (unter anderem sei die Arbeitslosigkeit tief, die Frauenarbeitsquote bereits relativ hoch und die Kindertagesbetreuung in Basel-Stadt bereits verbessert). Der Kanton setze sich beim Bund vor allem dafür ein, dass die Kantone bzw. Regionen, und nicht der Bund, Grenzgängerzahlen festlegen können.

Mehrere Kommissionsmitglieder brachten das Thema daraufhin in die trinationalen Gremien ein. Im November 2015 stellte sich die Regiokommission einstimmig hinter eine Resolution des Districtsrats, bei der Umsetzung der Initiative die Situation der Nordwestschweiz zu berücksichtigen und keinerlei zahlenmässige Beschränkungen der Grenzgänger zuzulassen (s.

Medienmitteilung vom 27.11.2015). Der Oberrheinrat verabschiedete am 6. Juni 2016 einstimmig eine analoge Resolution. Ausserdem wandten sich Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz im November 2016 mit einer gemeinsamen Stellungnahme gleichen Inhalts an den Ständerat.

2.5 Grenzüberschreitende Sicherheit und Katastrophenhilfe

2.5.1 Grenzüberschreitende Katastrophenvorsorge

Seit Jahren sorgt sich die Regiokommission, dass die Krisenorganisation nur innerhalb der Landesgrenzen, ja sogar nur innerhalb der Kantons- oder Gemeindegrenzen funktioniert und dass die Region Basel im Falle einer Grosskatastrophe – namentlich einem atomaren Vorfall oder einem starken Erdbeben – ungenügend vorbereitet wäre. Die Kommission hat deshalb nach einer Anhörung der Krisenstäbe BS/BL im April 2015 einen Anzug «betreffend Existenz umfassender grenzüberschreitender Vorbereitungen im Katastrophenfall, inklusive der Information der Bevölkerung» (Nr. 15.5153.01) eingereicht. Die Antwort liegt leider noch nicht vor.

Kommissionsmitglied Helmut Hersberger hat das Thema in den Oberrheinrat getragen und erreicht, dass an der Plenarversammlung vom 6. Juni 2016 eine Resolution «Grenzüberschreitende Katastrophenhilfe» diskutiert und verabschiedet wurde. Die Stellungnahmen sowohl der Nordwestschweizer Kantonsregierungen wie auch der Landesregierung Baden-Württemberg – Frankreich nahm bisher nicht Stellung – lassen nicht den Schluss zu, dass dem Thema besondere Priorität eingeräumt würde.

2.5.2 Nationale Erdbebenversicherung

Im letzten Zweijahresbericht hat die Regiokommission eine nationale obligatorische Erdbebenversicherung verlangt. Sie hat sich im April 2015 im Grossen Rat denn auch stark, und erfolgreich, für die Einreichung einer Standesinitiative zur Schaffung einer nationalen Erdbebenversicherung¹ eingesetzt. Die Kommission bedauert, dass der Ständerat die baselstädtische Standesinitiative im September 2016 abgelehnt hat und eine Regelung den Kantonen überlassen will.

2.5.3 Kesslergrube Grenzach-Wyhlen

Auch die Sanierung von Chemiemülldeponien kann unter dem Thema grenzüberschreitende Sicherheit subsumiert werden. Die Kommission hat im Januar 2016 anlässlich des Besuchs bei Bürgermeister Tobias Benz und Mitgliedern des Gemeinderates in Grenzach-Wyhlen die Sanierung der «Kesslergrube» erörtert. Grenzach-Wyhlen verlangt dezidiert und mit juristischen Mitteln eine Totalsanierung der Deponie – also auch des BASF-Perimeters – und wäre froh um nachbarschaftliche Unterstützung. Mit Blick auf die potentielle Gefährdung der für Basel-Stadt primären Trinkwasserquelle Rhein ist die Regiokommission im Grundsatz der Meinung, dass Basel dem Beschwerdebund beitreten soll. Die Kommission will den Regierungsrat zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht damit konfrontieren, sondern vorab die Antwort des Regierungsrats auf den diesbezüglichen Anzug Rommerskirchen 14.5687.01 abwarten.

¹ Antrag von Grossrat Andreas Burckhardt auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Einführung einer eidgenössischen Erdbebenversicherung 07.5042 von 2007.

2.6 Kooperationsstrukturen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

2.6.1 Straffung der Kooperationsstrukturen und «Haus der Region»

Die Straffung von Kooperationsstrukturen ist seit Jahren ein Kernanliegen der interkantonalen und trinationalen Zusammenarbeit. Die Regiokommission hat bereits in früheren Berichten dargelegt, dass für Problemlösungen eine variable Geometrie nötig ist, d.h. je nach Themenbereich eine Zusammenarbeit in unterschiedlichen Räumen (Nordwestschweiz, Eurodistrict, Oberrhein) und dass jeder Kooperationsraum über eine parlamentarische Vertretung verfügen soll.

Gleichzeitig hat die Kommission betont, dass sie auf operativer Ebene Synergiepotenzial sieht. Sie hat deshalb die Idee eines «Haus der Region» unterstützt: *Eine* Anlaufstelle, zumindest für die Gremien der schweizerischen Seite, wo sich z.B. die Sekretariate der Regio Basiliensis, der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und ihrer Plattform Metropolitankonferenz Basel, der IBA Basel 2020 und des Vereins Agglo Basel befinden, und wodurch administrative Kosten gespart und die Kommunikation besser orchestriert werden könnten. Heute hat noch jedes dieser Gremien eigene Räumlichkeiten, eine eigene Homepage, ein eigenes Sekretariat etc. Das Präsidialdepartement hat seinen eigenen Vorschlag aber unterdessen fallengelassen, zumal von anderen Kantonen keine Unterstützung kam. Die Kommission bedauert, dass in den letzten Jahren keine sichtbaren Synergieeffekte erzielt werden konnten.

2.6.2 Kürzungen bei Gremien durch BL – gefährdete Parität BS/BL

Im Mai 2016 hat die Regiokommission zum partnerschaftlichen Geschäft «Fortführung der Finanzierung des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) und der Informations- und Beratungsstelle Infobest Palmrain (2017-2019)» eine gemeinsame Anhörung mit der Finanzkommission des Landrats, die in Baselland für Finanzvorlagen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zuständig ist, durchgeführt. Die Sitzung in Liestal, in Anwesenheit von Regierungsrat Isaac Reber und Regierungspräsident Guy Morin, bot Gelegenheit für eine generelle Anhörung, wie der Kanton Basel-Landschaft – auch im Zuge der Sparbemühungen – zur regionalen Zusammenarbeit steht. Regierungsrat Reber legte dar, dass die Baselbieter Regierung ihre Beiträge an die grenzüberschreitenden Gremien 2017 und 2018 im Umfang von gut 20 Prozent reduzieren will. Dabei hielt er fest, dass die Kürzungen nicht linear, sondern schwergewichtig bei der Interkantonalen Koordinationsstelle bei der Regio Basiliensis (IKRB) erfolgen sollen.²

Der Landrat hat die Kürzungen bei der Regio Basiliensis im Umfang von jährlich 80'000 Franken im Oktober 2016 beschlossen³. Basel-Stadt verzichtet darauf, analoge Kürzungen vorzunehmen, womit keine Parität mehr gegeben ist. Die Beitragskürzungen des Nachbarkantons bedeuten eine einseitige Abänderung der Staatsbeiträge, die Landrat und Grosser Rat 2014 für die Jahre 2015–2018 partnerschaftlich bewilligt hatten⁴ und einen vorzeitigen Ausstieg aus einer laufenden Verpflichtung.

Den TEB und die Infobest Palmrain unterstützt Baselland in den Jahren 2017-2019 weiterhin mit gleich hohen Beträgen wie Basel-Stadt. Die Regiokommission und die Finanzkommission BL

² Die IKRB ist die gemeinsame Aussenstelle von BS, BL, AG, SO und JU für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein.

³ Beschluss des Landrats auf einstimmigen Antrag seiner Finanzkommission (Bericht 2016 246) vom 20. Oktober 2016.

⁴ Beide Basel je 349'860 Fr. pro Jahr (RA 14.0450.01). BL neu: 269'860 Fr. Das Büro des Grossen Rates wurde vom Basler Regierungsrat über diese Beschlüsse informiert. Die Behandlung des Schreibens durch das Ratsbüro war bei Verabschiedung des Berichts noch ausstehend.

hatten ihren Parlamenten einstimmig Zustimmung beantragt. Beide Institutionen werden als wichtig erachtet: Der TEB als Agglomerationsplattform für Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände, und Infobest Palmrain als Anlaufstelle für grenzüberschreitende Anfragen aller Art für die Bürger, aber auch die Wirtschaft. Baselland anerkennt die Tätigkeit der Infobest als Wirtschaftsförderung. Anzumerken bleibt, dass der Nachbarkanton seinen Beitrag beim TEB um rund 7'000 Franken pro Jahr reduziert hat. Da die zwei Gemeinden Allschwil und Liestal freiwillig einspringen und die finanzielle Lücke füllen, bleibt die Parität BS/BL jedoch gewahrt.

Für die Regiokommission gibt die Entwicklung Anlass zu Besorgnis. Erstens ist bei der Finanzierung von Leistungen, von denen Stadt und Land gleich stark profitieren, grundsätzlich die Parität zu achten. Die trinationale Zusammenarbeit ist für beide verschwisterte Kantone gleich relevant. So hat Baselland gleich viele Grenzgänger wie Basel-Stadt und ist gleich stark auf grenzüberschreitend effizient funktionierende Verkehrsströme angewiesen. Zweitens kann in der regionalen Zusammenarbeit eine Reduktion von Beiträgen durch einen Partner zu einem Dominoeffekt führen und weitere Partner zu Kürzungen ermuntern. Und drittens senden Beitragsreduktionen immer ein Signal an die anderen Partner, welche Relevanz der Zusammenarbeit noch zugemessen wird. Es ist zum Beispiel für französische Gemeinwesen des TEB schwierig zu verstehen, warum vergleichsweise als „reich“ wahrgenommene Schweizer Gemeinwesen ihre Beiträge reduzieren, während dem manche von ihnen diese in sehr enge Budgetkorsetts einpassen müssen.

2.6.3 Kürzungen bei weiteren Kantonen – Positionierung des Kantons Aargau?

Die Kommission hat in ihrem letzten Bericht auf einen drohenden Rückzug des Kantons Aargau aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein hingewiesen. Um einen aktuellen Einblick in die Aargauer Aussenbeziehungen zu erhalten, hat sie am 2. Februar 2016 den damaligen Staatsschreiber Peter Grünenfelder und Daniel Brändli, Leiter Abteilung Strategie und Aussenbeziehungen angehört. Die Gäste haben dargelegt, dass der Aargau der Zusammenarbeit in der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und ihr angegliedert der Metropolitankonferenz Basel (die auch die Wirtschaftsverbände miteinbezieht) das grösste Gewicht einräumt. Mit der Stärkung dieser Ebene gelinge es nun besser als früher, Interessen abzustimmen und sich in Bundesbern mit geeinter Stimme Gehör zu verschaffen. In Bezug auf die ausländischen Nachbarn ist für den Aargau die Hochrheinkommission (mit den Landkreisen Lörrach und Landshut) das prioritäre Gefäss für Zusammenarbeit, nicht die Oberrheinkonferenz.

Auch der Kanton Aargau hat im Zuge von Sparpaketen Einsparungen bei regionalen Gremien vorgenommen. So tritt er auf Ende 2016 aus der Infobest Palmrain mit der Begründung aus, dass die Kantone heute genügend eigene Informationsangebote für grenzüberschreitende Dienstleistungen hätten. Diese Einschätzung teilt die Regiokommission hinsichtlich des Bedarfs von Basel-Stadt nicht, wie in Ziffer 2.2. kurz erläutert wurde. Weiter reduziert, wie Baselland, auch der Aargau seine Beiträge an die Interkantonale Koordinationsstelle bei der Regio Basiliensis (IKRB) und an den TEB. Beim Eurodistrict sieht er die Fricktaler Gemeinden stärker in der Pflicht, da der TEB eine kommunale Plattform ist.

Die Aargauer Gäste zeigten auf, dass im Vergleich der Räume Basel und Zürich immer noch ein Mehrfaches an Mitteln an Gremien des Raums Basel fliesst. Beitragsreduktionen seien kein Signal des Rückzugs, sondern eine Priorisierung mit Blick auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis ihres Kantons. Bestrebungen zur Konzentration der Gremienstruktur im Raum Basel seien weiterhin angezeigt und erwünscht.

Weitere Themen des Austauschs mit den Aargauern Vertretern bildeten die Zusammenarbeit in den Bereichen Verkehr und Hochschulen.

Der Kanton Jura hat seine Beiträge an die IKRB auf 2017 ebenfalls gekürzt. Die Regiokommission nimmt die Budgetkürzungen durch die Nachbarkantone bei regionalen Gremien zur Kenntnis und wird beobachten, ob diese zu – auch von der Kommission gewünschten – administrativen Synergien führen, oder eher zu einem Leistungsabbau.

2.6.4 Französische Territorialreform

Mit der vom französischen Staat durchgesetzten Territorialreform ist das Elsass 2016 in der Région Alsace-Champagne-Ardenne-Lorraine aufgegangen, die nun seit Oktober offiziell Région «Grand Est» heisst. Um einen Einblick in die Entwicklungen und die Befindlichkeiten der französischen Nachbargemeinden zu erhalten sowie die Bedeutung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit abschätzen zu können, hat die Kommission im Februar Claudine Schmid, Vertreterin der Auslandsfranzosen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein in der Assemblée Nationale, und den Maire von Saint-Louis, Jean-Marie Zoellé, angehört. Auch Regierungspräsident Guy Morin nahm an der Anhörung teil.

Députée Schmid legte als Chance dar, dass die Aufgabenteilung zwischen den Ebenen Staat, Regionen, Departemente und Gemeinden bzw. Gemeindeverbünde klarer werden soll. Das sei das Hauptziel des Gesetzes NOTRe (Nouvelle organisation territoriale de la République). Die Regionen seien nun vorrangig für die Entwicklung der Wirtschaft und Nachhaltigkeit ihres Territoriums zuständig, wobei der Bereich Wirtschaft z.B. auch Bahn und Bahninfrastruktur oder die Häfen umfasse. Der Agglomerationsverkehr bleibe Kompetenz der Gemeinden. Zu befürchten sei, dass die Regionen nicht die nötigen Finanzen zur Umsetzung der Aufgaben erhalten. Die Regionen haben selbst keine Steuerhoheit. Ihre Finanzen ergeben sich primär aus den globalen Finanzausweisungen des Staates. Die Departemente scheinen ihre Aufgaben in etwa zu behalten.

Maire Zoellé erläuterte, dass die Territorialreform ohne Rücksprache mit den Gemeinden durchgesetzt worden ist. Nun sei man Teil eines Gebildes, das bis zur belgischen Grenze reicht, zweimal so gross wie Belgien ist und 5,6 Mio. Menschen zählt. Offizieller Sitz der neuen Region ist Strasbourg, aber um alle Teilregionen zu berücksichtigen, sind Dienststellen nach Nancy und Metz verlegt worden. Damit sei man geografisch weit weg von wichtigen Stellen gerückt. Auch Regierungspräsident Guy Morin legte dar, dass die Territorialreform für den Kanton Basel-Stadt zum Teil neue – und schwieriger erreichbare – Ansprechpartner bedeutet.

Noch ist manches nicht absehbar. So beispielsweise, ob wie befürchtet in der neuen Région die Ressourcen für Infrastrukturen zur strukturschwachen Champagne-Ardenne fließen werden, und ob Basel für die Grossregion an relativer Bedeutung verliert. Auch ob die Reform wirklich eine Dezentralisierung oder nicht eher eine weitere Zentralisierung bringt, muss abgewartet werden.

Von Vorteil für die Region Basel könnte sein, dass die Territorialreform stärkere Gemeindeverbünde mit einer Einwohnermindestzahl von 15'000 verlangt. Zur Communauté d'Agglomération des Trois Frontières kommen deshalb auf 2017 die beiden umliegenden Communautés de Communes Sierentz und Porte du Sundgau hinzu. Die neue Communauté d'Agglomération des Trois Frontières (40 Gemeinden mit ca. 80'000 Einwohnern), die dem französischen Teil des TEB entspricht, wird also künftig politisch stärker organisiert sein. Die Regiokommission interpretiert dies auch als Chance für eine Konkretisierung der Zusammenarbeit.

2.7 Allgemeine Würdigung der Berichtsperiode

Die Regiokommission ist der Meinung, dass in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vieles erreicht wurde. Die Zusammenarbeit ist grundsätzlich gut etabliert und funktioniert. Auf der anderen Seite sind – wie auch in diesem Bericht erwähnt – einige Themen zu verzeichnen, bei denen man sich mehr Fortschritte wünschen würde. Die regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit braucht einen langen Atem und von Seiten der Politik beständige Bearbeitung ihrer Themen und Herausforderungen, auch wenn dies bisweilen mit Widerständen und Hindernissen verbunden ist.

Hier hat die Regiokommission den Eindruck, eine gewisse Ermüdung in Politik und den Institutionen festzustellen. Die Hartnäckigkeit in der Bearbeitung der Themen lässt nach und der regionale und trinationale Bezug in vielen Sachthemen wird weniger gesehen bzw. es wird ihm weniger Bedeutung beigemessen. Die Institutionen der regionalen Zusammenarbeit kommen nicht nur unter Sparzwängen sondern grundsätzlich unter Druck – insbesondere auf Schweizer Seite. Das Bewusstsein in der Politik, exekutiv wie legislativ, für die vitale Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit droht abzunehmen. Deshalb soll und muss der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt auch weiterhin die regionalpolitische Bedeutung seiner Sachgeschäfte wahrnehmen und in den Entscheiden würdigen.

Das scheint nicht nur für die Politik zuzutreffen. Die Regiokommission hat den Eindruck, dass auch in den Medien und der Öffentlichkeit die Bedeutung der trinationalen Bezüge abnimmt oder sich gar nicht erst etablieren konnte. Es ist aus Sicht der Regiokommission wichtig, dass nicht nur die Politik, sondern auch die Bevölkerung im Dreiland ihre gegenseitige Verbundenheit und Abhängigkeit wahrnimmt. Auch dies ist mit ein Grund, warum die Regiokommission Projekte wie die IBA 2020 begrüsst und unterstützt.

Für die kommende Legislatur zieht die heutige Regiokommission daraus für ihre eigene Arbeit folgende Schlussfolgerungen mit folgenden Empfehlungen:

3. Empfehlungen

A Positionierung und Arbeit der Regiokommission

1. In der regionalen Zusammenarbeit sind auch auf Seiten der parlamentarischen Politik insbesondere Politikerinnen und Politiker gefragt, die sich langfristig fokussiert in diesem Bereich verbindlich engagieren. Ein absehbarer Generationenwechsel ist umsichtig und mit langfristiger Perspektive anzugehen. Es sind junge Politikerinnen und Politiker zu ermutigen, sich in die regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit längerfristig verbindlich einzubringen.
2. Das Bewusstsein des Grossen Rats für die regionalpolitische Bedeutung seiner Sachgeschäfte ist zu stärken. Die Regiokommission darf sich aus dieser Sicht in der künftigen Legislatur durchaus zutrauen, mehr Sachgeschäfte mit starkem regionalem Bezug zur Behandlung in ihrer Kommission einzufordern oder zumindest mit Mitberichten diesen Bezug ins Bewusstsein zu heben.
3. Die Regiokommission regt an, dass sämtliche Mitglieder an den Arbeiten des Districtsrats teilnehmen können (evtl. als Ersatzmitglieder), ohne eine Veränderung des Stimmengewichts im Rat zu provozieren.

B Grenzüberschreitender Verkehr

4. Der Ausbau der trinationalen S-Bahn Basel soll weiter forciert und der Regierungsrat bei seinen Verhandlungen mit dem Bund betreffend einer Vorfinanzierung des «Herzstücks» unterstützt werden.
5. Mit dem Ausbau des grenzüberschreitenden ÖV muss wie schon länger gefordert eine Verbesserung der trinationalen Tarifangebote einhergehen. Insbesondere im Einzel- und Retourbillettbereich sind die Vertriebsmöglichkeiten noch nicht ausgeschöpft und deshalb kundenfreundlich zu forcieren.
6. Der Verein Agglo Basel, der eine zentrale Rolle in der trinationalen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung erhalten hat, ist parlamentarisch eng zu begleiten.

C Grenzüberschreitende Sicherheit und Katastrophenhilfe

7. Ein trinationaler Raum, der gemeinsame Risiken kennt, muss im Schadens- oder sogar Katastrophenfall bestmöglich zusammenarbeiten können. Die kantons- und länderübergreifende Zusammenarbeit im Katastrophenschutz und in der Katastrophenhilfe ist deshalb auszubauen.
8. Eine Totalsanierung der Kesslergrube wird von der Regiokommission unterstützt und ein Beitritt des Kantons Basel-Stadt zum entsprechenden Beschwerdebund ist anzustreben.

D Grenzüberschreitender Bildungs- und Kulturaustausch und Arbeitsmarkt

9. Bestrebungen der Wirtschaftsverbände, Lehren und Berufsabschlüsse für Jugendliche grenzüberschreitend zu öffnen und zu fördern, sind zu unterstützen. Dies auch mit Blick

auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich einerseits, auf den Schweizer Fachkräftemangel in gewissen Bereichen wie dem Gesundheitswesen anderseits.

10. Der Sprachausbildung und damit verbunden den Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Berufsbildung ist im Dreiland grosses Gewicht beizumessen. Entsprechend sind innovative Angebote des Sprach- und Schüleraustauschs stärker zu fördern.
11. Im Rahmen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative soll alles daran gesetzt werden, dass der Bund der speziellen Abhängigkeit der Wirtschaftsregion Basel von Grenzgängerinnen und Grenzgängern Rechnung trägt und keine oder höchstens von der Region steuerbare Kontingente für Grenzgängerinnen und Grenzgänger zulässt.

E Grenzüberschreitende Kooperationsstrukturen

12. Bei Institutionen, von denen die Partner gleichwertig profitieren, muss grundsätzlich eine paritätische Finanzierung gelten.
13. Die Straffung der Gremienlandschaft soll weiterverfolgt werden im Sinne von administrativen Synergien, nicht jedoch eines effektiven Leistungsabbaus.

4. Antrag

Die Regiokommission beantragt dem Grossen Rat, vom Bericht der Regiokommission zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Sie hat den Bericht am 30. November 2016 mit 10:0 Stimmen verabschiedet.

Im Namen der Regiokommission

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'D. Wüest-Rudin'.

David Wüest-Rudin, Präsident



ETB Eurodistrict Trinational de Bâle
TEB Trinationaler Eurodistrict Basel

Districtsrat – Schweizer Delegation

Delegationsbeschluss vom 11.12.2016

Bericht der Schweizer Delegation des Districtsrates

zu ihrer Tätigkeit in den Jahren 2015/2016, inklusive Einschätzung zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Trinationalen Eurodistrict Basel

zuhanden der Kantonsparlamente von Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn sowie den Schweizer Mitgliedsgemeinden des Trinationalen Eurodistricts Basel

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1 Kompetenzen und Organisation des Districtsrats	3
2 Hauptthemen im Plenum und in den Kommissionen	4
2.1 Verkehr und Raumplanung	4
2.2 Gesundheitsraum.....	5
2.3 Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Tourismus.....	6
2.4 Umwelt und Energie.....	6
2.5 Bildung und Zweisprachigkeit.....	6
3 Zur Rolle des Districtsrats im trinationalen Gefüge	7
4 Entwicklung des Trinationalen Eurodistricts Basel	7
4.1 Stärkerer Einbezug der Gemeinden auf Schweizer Seite	7
4.2 Budget, Öffentlichkeitsarbeit und TEB-Jubiläum	7
5 Dank.....	8
6 Antrag.....	8

Einleitung

Zum zweiten Mal berichtet die Schweizer Delegation des Districtsrats zuhänden der vertretenen Kantonsparlamente und den Schweizer Mitgliedsgemeinden über ihre Tätigkeit in den letzten zwei Jahren, 2015 und 2016. Damit einher geht eine Einschätzung zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB). Ziel ist es, mit der gemeinsamen Berichterstattung die Entwicklungen im grenzüberschreitenden Agglomerationsraum breiter zu thematisieren und das Interesse und Verständnis für die trinationale Sicht zu stärken.

Schweizer Mitglieder im TEB sind neben den drei Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Aargau insgesamt 47 Gemeinden und Regionalverbände (BS: 2, BL: 16, AG: 5, SO: 24. Siehe auch die Mitgliederliste im Anhang).

Im Districtsrat hatten in der Berichtsperiode folgende Gewählte Einsitz (als Funktion wird jene angegeben, in der das Mitglied Einsitz hat):

Aargau (3)	Roland Agustoni (Grossrat); Hansueli Bühler (Gemeindeammann Stein); Herbert Weiss (Gemeindeammann Laufenburg)
Basel-Landschaft (8)	Landratsmitglieder: Elisabeth Augstburger; Peter Brodbeck; Dr. Christoph Hänggi; Marianne Hollinger Gemeindevertreter: Ruedi Brassel (Gemeinderat Pratteln), ab Sommer 2016 Emanuel Trueb (Gemeinderat Pratteln); Jürg C. Dieterle (Gemeinderat Schönenbuch); Anton Fritschi (Gemeinderat Arlesheim); Charles Simon (alt-Gemeindepräsident Binningen), ab Sommer 2016 Mike Keller (Gemeindepräsident)
Basel-Stadt (8)	Grossratsmitglieder: Helmut Hersberger, Stephan Luethi-Brüderlin; Eveline Rommerskirchen, ab Sommer 2016 Tim Cuénod; Eduard Rutschmann; Dr. Heinrich Ueberwasser (Delegationsvorsitz); Dr. Heiner Vischer, David Wüest-Rudin Vertreter Riehen/Bettingen: Jürg Sollberger (Einwohnerrat Riehen)
Solothurn (1)	Vakant

1 Kompetenzen und Organisation des Districtsrats

Mit dem Trinationalen Eurodistrict Basel¹ ist 2007 eine Kooperationsplattform geschaffen worden, die zum Ziel hat, die trinationale Agglomeration als attraktiven grenzüberschreitenden Lebens- und Wirtschaftsraum zu stärken. Neben dem Vorstand und der Mitgliederversammlung hat der Eurodistrict einen politischen Beirat, den Districtsrat. Dieser besteht aus 20 Schweizer und je 15 deutschen und französischen Gewählten; Einsitz haben Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Gemeinderatsmitglieder. Gemäss den Statuten hat der 50-köpfige Districtsrat das Recht, Anträge und Stellungnahmen zuhänden des TEB-Vorstandes einzubringen und Resolutionen zu verfassen.

¹ www.eurodistrictbasel.eu

Der Districtsrat traf sich an jährlich vier Plenarversammlungen: 2015 unter dem Präsidium von Gaston Latscha, Maire von Héisingue, auf französischer Seite. In diesem Jahr – und auch noch 2017 – wird der Districtsrat von Grossrat Heinrich Ueberwasser (BS) präsiert.

Der Districtsrat hat sechs 9-köpfige Kommissionen; davon werden zwei von Schweizer Seite präsiert: Die Kommissionen Soziales, Gesundheit & Forschung (Elisabeth Augstburger, BL) sowie Wirtschaft, Arbeitsmarkt & Tourismus (bis Sommer 2016 Charles Simon, BL, seither Herbert Weiss, AG). Die weiteren Kommissionen lauten auf Verkehr; Raumordnung; Umwelt, Energie & Landwirtschaft; Bildung, Kultur, Jugend, Sport & Identität.

Mehrere Mitglieder des Districtsrats sind gleichzeitig Mitglied des Oberrheinrats. Damit sind Informationsfluss und Arbeitsteilung zwischen diesen beiden Gremien gewährleistet. Welches Gremium sich eines Themas annimmt, bestimmt sich durch den stärker betroffenen Perimeter. Der Districtsrat ist bemüht, thematische Überschneidungen mit dem Oberrheinrat zu vermeiden und vielmehr Synergien zu nutzen. So hat er das Thema «Keine Kontingentierung für Grenzgänger» zuerst aufgenommen und danach den Oberrheinrat lanciert, damit dieser das Thema im grösseren Perimeter weiterverfolgt.

Der Districtsrat kennt bis heute – anders als der Oberrheinrat – keinen Ersatzmitglied-Status. Die baselstädtische Regiokommission möchte diesen gerne einführen, um mehr Parlamentsmitgliedern den grenzüberschreitenden Informationsaustausch zu ermöglichen. Sie wird dieses Ziel 2017 zur Diskussion bringen, unterstreicht aber, dass keine Verschiebung von Stimmengewichten in Delegation oder Plenum angestrebt wird.

2 Hauptthemen im Plenum und in den Kommissionen

Der TEB-Vorstand als «Exekutive» des TEB legte dem Districtsrat 2015 und 2016 keine Vorlagen vor. Der Districtsrat griff im Plenum und in den Kommissionen deshalb selbst Themen auf, welche die trinationale Region beschäftigen, unter Anhörung diverser Experten. Im Fokus standen insbesondere Raum- und Verkehrsfragen, Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die Gesundheitsversorgung sowie Ausbildungs- und Sprachfragen.

2.1 Verkehr und Raumplanung

Im Districtsrat ist der Verkehr ein Schlüsselthema: die grenzüberschreitende S-Bahn, die grenzüberschreitenden Tramverbindungen, aber auch deren Auswirkungen auf die Raumplanung. Auch wenn das Thema und insbesondere die Tarifvereinheitlichung seit einiger Zeit durch den Einkaufstourismus belastet erscheint, so geht es um eine langfristige Entwicklung. Es geht um die Grenzgängerinnen und Grenzgänger, Siedlungsentwicklung, Freizeit, den Ausflugstourismus usw. Grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen sind wohl das stärkste Beispiel, wie trinationale Zusammenarbeit für die Einwohnerinnen und Einwohner im TEB erlebbar und unmittelbar nutzbar wird.

Im Districtsrat und seiner Verkehrskommission werden auch einheitliche trinationale Tariflösungen regelmässig thematisiert und gewünscht. Es wird aber auch festgestellt, dass die Ausgangslage, z.B. das Preisniveau, für gemeinsame Tarife eine Herausforderung darstellt.

Betreffend Bahnanschluss zum EuroAirport ist sich der Districtsrat bewusst, dass wesentliche Rahmenbedingungen nicht im TEB und den hiesigen Gebietskörperschaften, sondern auf nationaler oder binationaler Ebene gesetzt werden. Gleichwohl führen der Nutzen des EuroAirport für Menschen und Wirtschaft einerseits, der Fluglärm andererseits, im Districtsrat seit Jahren zu kritischen Fragen und politischen Anliegen. Bereits 2009 hat der Districtsrat erstmals eine Nachtruhe von 22.00–6.00 Uhr gefordert, wie sie auch der Flughafen Zürich kennt. Er wird das Thema Entwicklung des EuroAirport weiterverfolgen.

Im November 2016 liess sich der Districtsrat vom Direktor der Schweizerischen Rheinhäfen, Hans-Peter Hadorn, ausserdem über die Entwicklung des Hafens informieren. Neben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Häfen geht es hier um die Frage, wie die Herausforderungen der Zukunft angegangen werden sollen, einerseits die Fragen des Containerverkehrs, der Bahnanbindung und eines neuen Hafenbeckens, andererseits die Koexistenz von Hafen- und Wohnnutzung (3Land: Basel, Weil am Rhein, Huningue).

Schliesslich ist auch die Internationale Bauausstellung «IBA Basel 2020»² regelmässig Thema im Districtsrat; die Plenarversammlung vom September 2016 war mit dem Besuch der IBA-Zwischenpräsentation «IBA Expo» in der Voltahalle und einer Präsentation von IBA-Geschäftsführerin Monica Linder-Guarnaccia verbunden. Die IBA fällt auf deutscher und französischer Seite auf zunehmend positive Wahrnehmung und aktive Beteiligung. Auf schweizerischer Seite fällt natürlich die Nichtteilnahme des Kantons Basel-Landschaft ins Gewicht. Usanzgemäss werden solche abweichenden Einschätzungen respektiert. Aus baselstädtischer Sicht wird die grenzüberschreitende und verbindende Funktion der IBA unterstrichen - das *imaginer et bâtir l'avenir*.

2.2 Gesundheitsraum

Der Gesundheitsmarkt spielt grenzüberschreitend erst ansatzweise; die Patientenmobilität ist noch stark eingeschränkt. Seit 2007 läuft zwischen Basel-Stadt, Basel-Landschaft und dem Landkreis Lörrach allerdings das Pilotprojekt «Grenzüberschreitende Zusammenarbeit GRÜZ». Es steht inzwischen gegen 90 Prozent der in BS oder BL wohnenden Versicherten offen und enthält eine Liste mit den Leistungen, die im Landkreis Lörrach bezogen werden können. Umgekehrt können sich auch deutsche Versicherte aus dem Landkreis Lörrach in Spitälern der Kantone BS und BL behandeln lassen.

Ein dringliches Handlungsfeld ist sowohl für die Schweiz wie Deutschland die Langzeitpflege. Erwähnenswert ist deshalb auch die Studie «Pflege und Pflegebedürftigkeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe» (Jan. 2016) der drei Projektpartner Basel-Stadt, Basel-Landschaft und des Landkreises Lörrach. Im Zentrum stehen die Fragen, wie verhindert werden kann, dass ältere Menschen verfrüht ins Pflegeheim kommen und welche neuen Möglichkeiten grenzüberschreitende Pflegestrukturen bieten.

Der Districtsrat begrüsst diese Projekte. In einem Antrag³ vom Juni 2015 weist er allerdings darauf hin, dass Teile des TEB – der französische Teil, das Fricktal und der Bezirk Dorneck-Thierstein – nicht miteinbezogen werden. Er möchte, dass bei Projekten im Gesundheits-, Spital- und Pflegewesen des Dreilands, einschliesslich des Austauschs der Ärztinnen und Ärzte, jeweils geprüft wird, ob und wie diese Kooperation auf alle Bereiche der drei Grenzregionen ausgeweitet werden kann.

Gemäss Monitoringbericht 2015 nehmen die Fallzahlen des Projekts GRÜZ seit 2013 leicht ab. Der Districtsrat möchte wissen, wie die Kooperation mit den Sozial- und Privatversicherungen verbessert und wie die Ärzte und Patienten besser über Angebote informiert werden können. Wichtig ist der Schweizer Delegation, dass die Patientenströme in beide Richtungen gehen und die ausländischen Anbieter die gleichen Auflagen erfüllen müssen wie Schweizer Anbieter.⁴

Die Kommission Soziales, Gesundheit, Forschung des Districtsrats unter dem Vorsitz von Landrätin Elisabeth Augstburger verfolgt die Entwicklungen, teilweise in Zusammenarbeit mit

² www.iba-basel.net/de/

³ («Motion»). Der TEB-Vorstand muss Anträge innerhalb von zwei Jahren beantworten.

⁴ 2015: total 188 Fälle (= Stand von 2010). Nach wie vor wird der Akut-Bereich praktisch nicht genutzt. 96% der Fälle waren Rehabilitationsfälle. Die grössten Patientenflüsse gingen von BS (36%) und Arlesheim (27%) nach Bad Bellingen und von BS (11%) und Arlesheim (9,0%) nach Bad Krozingen. (www.gesundheitsversorgung.bs.ch)

der Schwesterkommission des Oberrheinrats unter Vorsitz von Landrat Peter Brodbeck. So haben sie im September 2016 gemeinsam die Studie der Oberrheinkonferenz zum Fachkräftemangel im Gesundheitswesen am Oberrhein (vom Dez. 2015) vertieft. Deren Schlussfolgerung, dass eine vermehrte Ausbildung französischen Personals wünschbar ist, wird unterstützt.

2.3 Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Tourismus

Die Kommission Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Tourismus hörte 2015 den Ökonomen Rainer Füeg zu den Konsequenzen einer Kontingentierung von Grenzgängerinnen und Grenzgängern im Raum Basel an. Im November 2015 verabschiedete der Districtsrat eine Resolution zuhanden des Bundesrats und des Eidgenössischen Parlaments, in welcher er dringend darum bat, bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative die Situation der Nordwestschweiz zu berücksichtigen und keinerlei zahlenmässige Beschränkungen der Grenzgänger zuzulassen. Der Districtsrat rief ausserdem den Oberrheinrat dazu auf, sich in gleicher Weise zu äussern – was dieser im Juni 2016 tat.

2.4 Umwelt und Energie

Im Bereich Umwelt und Energie stand vorwiegend auf Stufe Kommission der Themenbereich des Informationsaustauschs über umweltrelevante Vorhaben, die Idee des "Circuit Court"/ Lebensmittel aus der Region für die Region, Lärmfragen im TEB und die Feinstaubbelastung im Zentrum. Zudem wurde das Thema EuroAirport erneut thematisiert, zusammen mit den Kommissionen Verkehr, Wirtschaft/Arbeitsmarkt/Tourismus und Raumordnung. Dabei geht es um die weitere Entwicklung des EuroAirports als binationalem Flughafen, gleichzeitig schweizerischem Landesflughafen, mit grosser wirtschaftlicher Bedeutung für die Region bei noch nicht abschliessend geklärter Nachtruhefrage und noch nicht sichergestelltem Bahnanschluss.

2.5 Bildung und Zweisprachigkeit

Gleich drei Kommissionen hörten 2016 Experten zur beruflichen Mobilität und dem Austausch von jungen Auszubildenden über die Grenzen im TEB an. Sie kamen zum Schluss, dass grenzüberschreitende Berufskarrierewege zwar möglich und auch die Realität sind. Die Informationen über die Möglichkeiten (Stellenangebote, Ausbildungsmöglichkeiten) könnten aber noch besser zu den betroffenen Personen gelangen (Arbeitssuchende, Lehrer, Eltern, Jugendliche, Arbeitgeber).

In Deutschland und in der Schweiz besteht ein grosser Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften, insbesondere in technischen und pflegerischen Berufen. In vielen beruflichen Bereichen besteht auch ein grosses Angebot an freien Lehrstellen für Jugendliche. Umgekehrt ist in Frankreich die (Jugend)Arbeitslosigkeit gross. In der Plenarversammlung vom Juni 2016 sahen Urs Endress (Endress+Hauser France) und Jürgen Trefzer (A. Raymond GmbH) die Hürden primär in mangelnden Deutschkenntnissen, «Grenzen im Kopf» (mangelnde Mobilität, mangelnde Wertschätzung für handwerkliche und technische Berufe) und bei der noch ungenügenden gegenseitigen Anerkennung von Berufsabschlüssen.

Der Districtsrat verabschiedete in der Folge die Resolution «Grenzüberschreitende Berufskarrierewege öffnen!» zuhanden von Politik und Wirtschaftsverbänden. Als erste Schritte forderte er eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit (Internet, Broschüren, Zugang und Werbung für Ausbildungsbörsen etc.) Weiter schlug er die Lancierung eines Mikroprojekts «Trinationale Ausbildungsbörse» vor. Eine solche könnte jährlich im TEB stattfinden, die erste zum 10-jährigen Jubiläum des TEB 2017. In seiner Antwort (vom 27.10.16) sah der TEB-Vorstand allerdings keinen Bedarf; es gebe bereits genügend Stellen- und Ausbildungsbörsen in der trinationalen Region. Im März 2017 werde zudem das Forum Trinat'emploi (trinationales Stellen-, Berufs- und Ausbildungsforum) stattfinden. Der Districtsrat wird auch an diesem Thema dranbleiben.

3 Zur Rolle des Districtsrats im trinationalen Gefüge

Der Gewinn des Districtsrats liegt im Wissens- und Meinungsaustausch über die Grenze, der es den Mitgliedern erlaubt, Informationen aus dem trinationalen Raum und die Perspektive der Nachbarn in die eigenen Parlamente bzw. in die eigene Gemeinde einzubringen. Damit wird auch eine frühzeitige Information der Nachbarn über neue Planungen gewährleistet, was potenzielle Konflikte vermeiden helfen mag. Der Districtsrat sieht sich ausserdem als Ideengeber und als Garant für Bürgernähe in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Festzustellen ist auch für diese Berichtsperiode, dass der TEB-Vorstand die beratende Rolle des Districtsrats ungenügend in Anspruch nimmt. Der Districtsrat wird über den Vorstand des TEB jeweils über die Vorarbeiten zu Vorlagen informiert (z.B. Mobilitätsportal; Mikrofondsprojekte). Wünschenswert wäre jedoch ein früherer und stärkerer Einbezug des Districtsrats in diese Themen im Sinne seiner Aufgabe als «Conseil Consultatif».

2015 wurde das TEB-Präsidium vom Basler Regierungspräsidenten Guy Morin wahrgenommen. Seit 2016 ist Jean-Marc Deichtmann, Vize-Präsident der Communauté d'Agglomération des Trois Frontières und Bürgermeister von Huningue, TEB-Präsident.

4 Entwicklung des Trinationalen Eurodistricts Basel

4.1 Stärkerer Einbezug der Gemeinden auf Schweizer Seite

Im Unterschied zu den Kooperationspartnern auf deutscher und französischer Seite waren bisher auf schweizerischer Seite im TEB vorwiegend die Kantone aktiv. In den letzten zwei Jahren haben die Kantone Basel-Stadt und vor allem Basel-Landschaft verstärkt auf eine bestmögliche Einbindung der Gemeinden gedrängt mit dem Hinweis, dass der TEB eigentlich eine kommunale Plattform sei. Die Gemeinden scheinen sich dieser Auffassung nicht zu verschliessen. So bezahlen Liestal und Allschwil neu Kofinanzierungsbeiträge an den TEB.⁵ Ausserdem ist 2016 der Liestaler Stadtpräsident Lukas Ott zum neuen TEB-Vizepräsidenten gewählt worden. 2017 soll er das TEB-Präsidium übernehmen. Bisher wurden Präsidiumsfunktionen im TEB von einem Regierungsratsmitglied ausgeübt.

Der Districtsrat begrüsst den stärkeren Einbezug und das stärkere Engagement der Gemeinden. Wegen der besonderen Situation im Kanton Basel-Stadt, wo der Kanton auch kommunale Aufgaben der Stadt Basel wahrnimmt und weil auf deutscher Seite der Landkreis zur kommunalen Ebene zählt, wäre es wünschenswert, wenn auch die schweizerischen Kantone ihr Engagement für den TEB und den Districtsrat im Besonderen aufrechterhalten.

4.2 Budget, Öffentlichkeitsarbeit und TEB-Jubiläum

Der TEB muss mit einem jährlichen Budget von rund 335'000 Euro auskommen.⁶ Damit wird in erster Linie die Geschäftsstelle auf der Palmrainbrücke finanziert. Für eigene Projekte oder Öffentlichkeitsarbeit gibt es kaum Ressourcen, was sicherlich ein Hauptgrund ist, weshalb der TEB auch nach neun Jahren Bestehen in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannt ist.

Dabei hat der TEB wichtige Projekte für die trinationale Region angeschoben wie die Internationale Bauausstellung «IBA Basel 2020» (sie ist noch heute eine Tochtergesellschaft des TEB). Weiter leistet der TEB im Bereich Raum- und Verkehrsplanung seit langem wichtige Vorarbei-

⁵ 3300 Euro p.J. 2017-2019

⁶ 2014-2016. Für die Jahre 2017-2019 beträgt das Jahresbudget ebenfalls rund 335'000 Euro. Davon Anteil der Schweiz: 181'000 CHF bzw. etwa 157'000 Euro.

ten für das Agglomerationsprogramm Basel. Und er unterstützt im Rahmen des Interreg-kofinanzierten Begegnungsfonds verschiedene Bürgerprojekte (mit je max. 5000 Euro).

Die Schweizer Delegation des Districtsrats bedauert, dass sehr wenig Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit des Eurodistricts freigemacht werden. Damit bleibt dieser in der Bevölkerung als gemeinsame Institution des Dreilands zu wenig bekannt. Die Delegation hofft – der Districtsrat hat dies im Juni 2016 auch mit einer Resolution angeregt – dass der TEB 2017 sein 10-Jähriges Bestehen öffentlichkeitswirksam und zusammen mit der Bevölkerung feiert. Dabei soll das Jubiläum Gelegenheit zu einem konstruktiven Ausblick in die Zukunft, aber durchaus auch zur kritischen Selbstbetrachtung bieten.

5 Dank

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss immer wieder neu gelebt und verhandelt werden. Dazu leisten der Trinationale Eurodistrict Basel und sein politischer Beirat, der Districtsrat, einen wichtigen Beitrag, der durch die beteiligten Kantonsparlamente und Mitgliedsgemeinden weiterhin – und noch verstärkt – unterstützt werden sollte.

Die Schweizer Delegation dankt allen Mitgliedern des Districtsrats, des Eurodistricts und allen, mit welchen sie in der Berichtsperiode zusammenarbeiten und sich austauschen konnte, für die stets angenehme, freundschaftliche und das Gemeinsame betonende Zusammenarbeit.

Besonderer Dank gebührt dem Parlamentsdienst des Kantons Basel-Stadt, allen voran Eva Gschwind und André Salvisberg.

6 Antrag

Die Schweizer Delegation des Districtsrats beantragt den Parlamenten der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn sowie den Schweizer Mitgliedsgemeinden und Regionalverbänden des TEB, vom Zweijahres-Bericht der Delegation Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Schweizer Delegation



Dr. Heinrich Ueberwasser
Grossrat Basel-Stadt, Delegationsleiter

Anhang: Liste der Mitglieder des TEB, (aktueller) Stand April 2016.

Liste des membres de l'Eurodistrict Trinational de Bâle **Liste der Mitglieder des Trinationalen Eurodistricts Basel**

France / Frankreich

Commune de Bartenheim
Ville de Blotzheim
Commune de Buschwiller
Département du Haut Rhin
Communauté de Communes de La porte du Sundgau
Commune de Hagenthal-le-Bas
Commune de Hégenheim
Commune de Hésingue
Ville de Huningue
Commune de Kembs
Commune de Ranspach-le-Bas
Commune de Rosenau
Communauté d'Agglomération des Trois Frontières
Ville de Saint-Louis
Pays de Saint-Louis Syndicat Mixte pour le Schéma de Cohérence Territoriale
Communauté de Communes du Pays de Sierentz
Région Grand Est
Commune de Village-Neuf

Allemagne / Deutschland

Gemeinde Bad Bellingen
Stadt Bad Säckingen
Gemeinde Binzen
Gemeinde Efringen-Kirchen
Gemeinde Grenzach-Wyhlen
Gemeinde Inzlingen
Landkreis Lörrach
Stadt Lörrach
Stadt Rheinfelden
Gemeinde Schliengen
Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald
Gemeinde Schwörstadt
Regionalverband Hochrhein-Bodensee



Stadt Wehr

Stadt Weil am Rhein

Suisse/Schweiz

Kanton Aargau

Gemeinde Aesch (BL)

Gemeinde Allschwil (BL)

Gemeinde Arlesheim (BL)

Gemeinde Augst (BL)

Gemeinde Bärschwil (SO)

Kanton Basel-Stadt

Gemeinde Bättwil (SO)

Gemeinde Beinwil (SO)

Einwohnergemeinde Bettingen (BS)

Gemeinde Biel Benken (BL)

Gemeinde Binningen (BL)

Gemeinde Bottmingen (BL)

Einwohnergemeinde Breitenbach (SO)

Gemeinde Büren (SO)

Gemeinde Büsserach (SO)

Gemeinde Dornach (SO)

Gemeinde Erschwil (SO)

Gemeinde Ettingen (BL)

Einwohner- und Bürgergemeinde Fehren (SO)

Gemeinde Gempen (SO)

Gemeinde Grindel (SO)

Gemeinde Himmelried (SO)

Gemeinde Hochwald (SO)

Gemeinde Hofstetten (SO)

Gemeinde Kleinlützel (SO)

Kanton Basel-Landschaft

Stadt Liestal (BL)

Gemeinde Meltingen (SO)

Gemeinde Mettauertal (AG)

Gemeinde Metzerlen-Mariastein (SO)

Gemeinde Möhlin (AG)

Gemeinde Münchenstein (BL)

Gemeinde Muttenz (BL)



Gemeinde Nuglar-Sankt Pantaleon (SO)

Gemeinde Nunningen (SO)

Gemeinde Oberwil (BL)

Gemeinde Pratteln (BL)

Forum Schwarzbubenland (SO)

Gemeinde Reinach (BL)

Stadt Rheinfelden (AG)

Gemeinde Riehen (BS)

Gemeinde Rodersdorf (SO)

Gemeinde Schönenbuch (BL)

Gemeinde Seewen (SO)

Fricktal Regio Planungsverband (AG)

Gemeinde Stein (AG)

Gemeinde Therwil (BL)

Gemeinde Witterswil (SO)

Gemeinde Zullwil (SO)



Schweizer Delegation – Délégation Suisse

Delegationsbeschluss vom 10.12.2016

Bericht der Schweizer Delegation des Oberrheinrates

**zu ihrer Tätigkeit in den Jahren 2015/2016, inklusive Einschätzung zur
Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der
Oberrheinregion**

zuhanden der Kantonsparlamente von Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Solothurn und Jura

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1 Aufgaben und Organisation des Oberrheinrates	3
2 Zusammenarbeit mit der Oberrheinkonferenz	3
3 Resolutionen des Oberrheinrats: Hauptforderungen	4
3.1 Verkehr	4
3.2 Energiewende, Umweltschutz und Katastrophenhilfe	5
3.3 Arbeits- und Gesundheitsmarkt	5
3.4 Zweisprachigkeit und Berufsbildung	6
4 Entwicklung der Oberrheinkooperation	6
Antrag	8

Einleitung

Zum zweiten Mal berichtet die Schweizer Delegation des Oberrheinrates zuhänden der fünf vertretenen Kantonsparlamente formell über ihre Tätigkeit in den letzten zwei Jahren. Damit einher geht eine Einschätzung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Oberrheinregion. Ziel ist es, mit der gemeinsamen Berichterstattung zuhänden der Kantonsparlamente die Entwicklungen am Oberrhein breiter zu thematisieren und das Interesse und Verständnis für die grenzüberschreitende Sichtweise zu stärken.

Im Oberrheinrat hatten 2015/16 folgende Mitglieder der Kantonsparlamente Einsitz:

Aargau (3)	Roland Agustoni; Regula Bachmann; Hansjörg Erne
Basel-Landschaft (3)	Peter Brodbeck; Christoph Hänggi; Marianne Hollinger; Elisabeth Augstburger (Ersatzmitglied)
Basel-Stadt (3)	Helmut Hersberger; Helen Schai; Heinrich Ueberwasser; Sarah Wyss (Ersatzmitglied)
Solothurn (1)	Hans Büttiker
Jura (1)	Brigitte Favre

Den Delegationsvorsitz hatte der Basler Grossrat Helmut Hersberger.

1 Aufgaben und Organisation des Oberrheinrates

Der deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinrat ist 1997 mit dem Ziel gegründet worden, die gegenseitige Information und Absprache unter den politisch Gewählten am Oberrhein zu verbessern. Er äussert sich zu wichtigen, die Region betreffenden Fragen und ist Impulsgeber für neue grenzüberschreitende Initiativen. Seine jährlich rund zehn Stellungnahmen richtet er – in der Regel als Resolutionen – an die regionalen und nationalen Regierungen, die Oberrhein-konferenz, die Europäische Union und weitere thematisch zuständige Adressaten.

Dem «trinationalen Parlament» Oberrheinrat gehören 71 Mitglieder an; primär Parlamentsmitglieder sowie weitere Gewählte (z.B. Landrätinnen und Landräte, Bürgermeister) aus den vier Teilregionen Elsass, Nord- und Südbaden, Südpfalz und Nordwestschweiz.

Der Oberrheinrat trifft sich jährlich zu zwei Plenarversammlungen. 2015 tagte er in Strasbourg unter Vorsitz des elsässischen Präsidenten Philippe Richert. 2016, unter dem Schweizer Vorsitz von Helmut Hersberger, fanden die Plenarversammlungen in Basel und Liestal statt.

Von den vier Sachkommissionen wird eine, die Kommission Wirtschaft & Arbeitsmarkt, von der Schweiz geleitet; Vorsitzender ist Peter Brodbeck (BL). Im Vorstand des Oberrheinrats haben Helmut Hersberger, Peter Brodbeck und Roland Agustoni (AG) Einsitz. Der Parlamentsdienst BS und die Landeskanzlei BL gewährleisten die Geschäftsführung des Oberrheinrats.

2 Zusammenarbeit mit der Oberrheinkonferenz

Seit Jahren wird in der Oberrheinkooperation eine engere Verzahnung von Oberrheinkonferenz (ORK) und Oberrheinrat (ORR) gefordert. Erstere verbindet die Regierungs- und Verwaltungsbehörden.¹ 2016 lagen sowohl das Präsidium der Oberrheinkonferenz wie auch das Präsidium des Oberrheinrats in Schweizer Hand, was eine besondere Chance zur Zusammenarbeit bot.

¹ www.oberrheinkonferenz.org

ORR-Präsident Helmut Hersberger und ORK-Präsident Guy Morin luden am 29. Februar 2016 zur gemeinsamen Veranstaltung «Handlungsbedarf für den grenzüberschreitenden Schienenverkehr». Die Standortbestimmung mit Experten zu den drei wichtigen Verkehrsprojekten «Herzstück» Basel, Schienenanschluss EuroAirport und Elektrifizierung der Hochrheinstrecke war gut besucht.

Weiter führten die beiden Schweizer Präsidien am 9. Dezember 2016 eine vielbeachtete, im zweiten Teil gemeinsame Plenarversammlung in Liestal durch. Gastredner war Staatssekretär Jacques de Watteville, der Schweizer Chefunterhändler mit der Europäischen Union.

Den beiden Präsidenten gelang es zudem, zu mehreren Themen eine gemeinsame Stellungnahme von Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz verabschieden zu lassen. Zumindest erstere zwei sind für die Region Basel von eminenter Bedeutung:

- Trinationale Stellungnahme beider Gremien gegen eine Kontingentierung von Grenzgängerinnen und Grenzgängern im Zuge der Masseneinwanderungsinitiative zuhanden des Ständerates, vom 16.11.2016.
- Trinationale Unterstützungsbekundung beider Gremien für das Agglomerationsprogramm Basel 3. Generation; Stellungnahme vom 9.12.2016 zuhanden von Bundesrätin Doris Leuthard.
- Bitte, dass für Teilnehmende an grenzüberschreitenden Sportanlässen (namentlich Marathons), die auch auf französischem Boden stattfinden, weiterhin kein «certificat médical» erforderlich sein soll. (Brief der beiden Präsidenten an den Sportminister Frankreichs, Patrick Kanner, vom 29.2.2016. Gemäss Antwort will Frankreich an der neuen Regelung allerdings festhalten).

Auch die Zusammenarbeit zwischen den Kommissionen des Oberrheinrats und den Arbeitsgruppen der ORK entwickelte sich erfreulich, sodass mittlerweile die meisten grenzüberschreitenden Themen in enger Zusammenarbeit zwischen der Regierungs- und der Parlamentebene bearbeitet werden. Eine weitere diesbezügliche Vernetzung ist vorgesehen.

3 Resolutionen des Oberrheinrats: Hauptforderungen²

3.1 Verkehr

Seit Jahren drängt der Oberrheinrat auf den Abschluss eines Staatsvertrags zwischen der Schweiz und Frankreich zum EuroAirport, um so Rechtssicherheit in Steuer- und Arbeitsrechtfragen und damit Investitionssicherheit zu schaffen. Im Juni 2016 doppelte er mit einer Resolution, welche den dringlichen Abschluss des Staatsvertrags fordert, nach. Die Schweizer Delegation hofft, dass wie angekündigt der Vertrag nun kurz vor dem Abschluss steht.

Nicht zuletzt auf Schweizer Initiative stellte sich der Oberrheinrat zudem bereits im Juni 2016 hinter drei für die Region Basel zentrale Verkehrsprojekte (die auch an der erwähnten Verkehrsveranstaltung vom 29.2.2016 im Zentrum standen): Er betonte die Bedeutung des EuroAirport-Bahnanschlusses an das Europäische Verkehrsnetz, des Ausbaus der trinationalen S-Bahn Basel mittels «Herzstück» und der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke. Letztere ist entgegen dem Antrag von Baden-Württemberg nicht in den deutschen Bundesverkehrswegeplan 2030 aufgenommen worden, was der Oberrheinrat bedauert und noch ändern möchte. Eine entsprechende Intervention seiner Kommission Verkehr & Raumordnung ist erfolgt. Auf

² Alle Resolutionen sowie alle eingegangenen Stellungnahmen zu Resolutionen sind unter www.oberrheinrat.org abrufbar.

Wunsch der Aargauer Vertretung ist als Ziel der Elektrifizierung präzisiert worden, dass es um die Optimierung des Personenverkehrs geht.

Die Aargauer Vertretung betont ausserdem, dass der dritte Juradurchstich (Wisenbergstunnel) nicht in Vergessenheit geraten darf. Der Oberrheinrat hatte sich für diesen 2006 und 2012 ausgesprochen.

Wie unter Punkt 2 erwähnt verabschiedeten Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz im Dezember 2016 zum 3. Agglomerationsprogramm Basel eine Unterstützungserklärung.

Immer wieder Thema war und ist schliesslich die äusserst komplizierte und damit wenig benutzerfreundliche Tarifstruktur für den öffentlichen grenzüberschreitenden Personenverkehr.

3.2 Energiewende, Umweltschutz und Katastrophenhilfe

Für die Wirtschaftsregion Oberrhein ist die Energieproduktion ein zentrales Thema. Während im Oberrheinrat in Bezug auf den Atomausstieg seit Jahren kein Konsens unter den Delegationen erzielt werden kann – Stichwort Kernkraftwerk Fessenheim – ist zumindest die weitere Förderung der erneuerbaren Energien ein gemeinsames Ziel. Folgerichtig fordert der Oberrheinrat für den Oberrheinraum die weitere detaillierte Abklärung des Potenzials regenerativer Energien und der Energieeffizienz. Einen wichtigen Beitrag zu diesen Zielen leistet das von der ORK ins Leben gerufene Energie-Netzwerk TRION.³

Weil in der Region Oberrhein mehrere Atomkraftwerke vor der Stilllegung bzw. dem Rückbau stehen – zu nennen sind Philippsburg (D), Fessenheim (F) und Mühleberg (CH) – hat sich der Oberrheinrat zudem in einer Resolution vom 9. Dezember 2016 für eine enge technologische Kooperation und einen engen Know-How-Austausch am Oberrhein ausgesprochen. Er weist auch darauf hin, dass für die womöglich Jahrzehnte dauernden Rückbauten genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen müssen. Namentlich mit Blick auf Fessenheim, wo die Ängste um den Verlust von Arbeitsplätzen gross sind, ruft der Oberrheinrat zudem zu innovativen Vorschlägen für die Konversion von AKW-Geländen auf.

Seit Jahren thematisiert der Oberrheinrat schliesslich, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Falle einer Katastrophe (Erdbeben, (atomarer) KKW-Störfall etc.) mit zahlreichen Hindernissen konfrontiert wäre. So werden bis heute Katastrophenszenarien kaum trinational beübt und es existiert kein grossflächiges Evakuierungskonzept oder ein gemeinsames Kommunikations- und Führungskonzept für Rettungs- und Sicherheitsdienste. Im Juni 2016 hat der Oberrheinrat seine diesbezügliche Position wiederholt und er erwartet konkrete Schritte zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Ernstfall.

3.3 Arbeits- und Gesundheitsmarkt

Am Oberrhein pendeln täglich allein in die Nordwestschweiz 70'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Diese für die Schweizer Wirtschaft unverzichtbaren Arbeitnehmer sind durch die Schweizer Masseneinwanderungsinitiative gefährdet, da sie ebenfalls von einer Beschränkung betroffen sein könnten, obwohl sie per definitionem keine Zuwanderer sind. Der Oberrheinrat forderte im Juni 2016 mit einer Resolution einstimmig, bei der Umsetzung der Initiative keinerlei Kontingentierung für Grenzgänger in der Nordwestschweiz zuzulassen.

Im Bereich Gesundheit appellierte der Oberrheinrat 2015 und 2016 an die Regierungen, den grenzüberschreitenden Zugang zu medizinischen Behandlungen zu vereinfachen. Die Patientenmobilität ist am Oberrheinrat immer noch erst ansatzweise gegeben; unterschiedliche Krankenversicherungssysteme, grosse Kostenunterschiede und die Sprache der Länder bilden immer noch hohe Hürden. Allen voran bei lebensbedrohenden Diagnosen ist grenzüber-

³ www.trion-climate.net

schreitend aber eine sofortige Überführung in das nächstgelegene, spezialisierte Zentrum zu ermöglichen. Weiter sind Kooperationen insbesondere in Bereichen zu forcieren, wo das Versorgungs-, Optimierungs- und Innovationspotential besonders hoch ist.

Der Oberrheinrat begrüsst das 2016 gestartete Projekt TRISAN der ORK, welches durch die Entwicklung grenzüberschreitender Kooperationen eine Verbesserung des Gesundheitsangebotes am Oberrhein anstrebt. Es wurde unter Federführung des baselstädtischen Gesundheitsdepartementes in die Wege geleitet.

3.4 Zweisprachigkeit und Berufsbildung

Beim Thema Zweisprachigkeit kommt die Oberrheinkooperation seit Jahren nicht wirklich voran. Dies, obwohl die Gewinne auf allen Seiten gross wären: So könnte mit genügenden Sprachkenntnissen gleichzeitig der hohen(Jugend-)Arbeitslosigkeit im Elsass und dem Lehrlingsmangel auf badischer und Schweizer Seite entgegengewirkt werden. Auch der Fachkräftemangel beispielsweise in Schweizer Spitälern könnte mit mehr ausgebildetem Personal aus dem französischen Grenzraum besser aufgefangen werden; die Schweiz müsste dann deutsche Spitäler bei der Rekrutierung von gut ausgebildetem Personal weniger konkurrenzieren.

Der Oberrheinrat wünscht in einer Resolution vom Dezember 2016 eine Analyse über die geografischen und branchenspezifischen Schwerpunkte des Fachkräftemangels. Eine exemplarische Analyse hat die ORK für den Gesundheitsbereich erstellt; es gibt aber weitere betroffene Branchen. Der Oberrheinrat wünscht, dass noch breiter über die – durchaus bestehenden – Möglichkeiten, eine berufliche Ausbildung in der Nachbarregion zu absolvieren, informiert wird. Es muss endlich gelingen, die Anzahl grenzüberschreitender Lehren zu erhöhen. Auch die Bemühungen um die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen müssen verstärkt werden.

4 Entwicklung der Oberrheinkooperation

Die Oberrheinkooperation bietet für die Nordwestschweiz die grosse Chance, in einem trinationalen Lebensraum mit 6 Millionen Einwohnern, die ein Bruttoinlandprodukt von gut 200 Mia. Euro erwirtschaftet, mitzuwirken. Im Oberrheingebiet arbeiten mehr als 100'000 Grenzgänger, die Region liegt verkehrstechnisch im Herzen Europas und sie verfügt über eine langjährige Erfahrung in der trinationalen Zusammenarbeit.

Um die 2010 gegründete «Trinationale Metropolregion Oberrhein» (TMO)⁴, die von der Bundesrepublik, Frankreich und der Eidgenossenschaft offiziell anerkannt worden ist, ist es eher ruhig geworden. Sichtbare Resultate der TMO und ihrer Säulen Wirtschaft und Wissenschaft werden unter den konkreten Projekten bekannt gemacht. Ein solches ist der 2015 gegründete «European Campus» (bisher Eucor)⁵, an dem neben den Universitäten Freiburg, Haute-Alsace, Strasbourg und dem Karlsruher Institut für Technologie auch die Universität Basel beteiligt ist. Ein Schwerpunktthema ist ein oberrheinischer Cluster für Nachhaltigkeitsforschung. Generell wollen die fünf Universitäten die grenzüberschreitende Forschung und Lehre auf eine neue Plattform stellen, um gemeinsam ihre Position im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe und Ideen entscheidend zu stärken. Auch beispielsweise in den Neurowissenschaften positioniert sich das Oberrheingebiet als wichtiges grenzüberschreitendes Wissensnetzwerk⁶.

⁴ www.rmtmo.eu

⁵ <http://www.eucor-uni.org/>

⁶ <http://www.eucor-uni.org/de/trinationaler-neurocampus>

Auch die Oberrheinkonferenz mit ihren rund 600 Verwaltungsexpertinnen und -experten konnte 2015/2016 wiederum eine Vielzahl an Projekten, Studien und Veranstaltungen initiieren. Die ORK bildet zusammen mit dem Oberrheinrat, den vier Eurodistrikten und dem Städtenetz die Säule Politik der TMO.

Ein entscheidender Erfolgsfaktor für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein bleibt das INTERREG-Programm der Europäischen Union.⁷ Es verfügt im Zeitraum 2014-2020 über rund 110 Mio. Euro an Fördermitteln; manche Projekte werden mit einer Anschubfinanzierung von bis zu 60% kofinanziert. Der schweizerische Bund steuert aus dem Budget der NRP (Neue Regionalpolitik) insgesamt 9,2 Mio. Fr. bei. Weitere Beiträge leisten die fünf Kantone BS, BL, AG, SO und JU.

2016 trat in Frankreich die Territorialreform in Kraft. Die Integration des Elsass in die Grossregion Alsace-Champagne-Ardenne-Lorraine wurde durchgesetzt, obwohl vom Elsass entschieden abgelehnt. Im Oberrheinrat haben allerdings weiterhin nur Mitglieder der beiden Départements Haut-Rhin und Bas-Rhin Einsitz. Das entspricht der Regelung auf deutscher Seite: Auch da sind nur Teile der beiden Bundesländer Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in die Oberrheinkooperation eingebunden.

Aus Sicht des Oberrheinrates ist zu bedauern, dass Philippe Richert, der zum Präsidenten der neuen Grossregion gewählt wurde, 2016 aus dem Präsidium des Oberrheinrats ausgetreten ist. Damit hat der Oberrheinrat eine führungsstarke Stimme weniger. Es bleibt zu hoffen, dass Präsident Richert die Interessen der Grenzregion Oberrhein weiterhin engagiert und erfolgreich vertritt, auch in Paris.

Auf die längere Sicht ist offen, welche Priorität die trinationale Oberrheinregion in der Région Grand Est einnehmen wird.

⁷ www.interreg-oberrhein.eu

Antrag

Die Schweizer Delegation des Oberrheinrates beantragt den Parlamenten der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Solothurn und Jura, vom Zweijahres-Bericht der Delegation Kenntnis zu nehmen.

Basel, 10.12.2016

Im Namen der Schweizer Delegation



Helmut Hersberger
Grossrat Basel-Stadt, Delegationsleiter



Peter Brodbeck
Landrat Basel-Landschaft, Vorstandsmitglied



Roland Agustoni
Grossrat Aargau, Vorstandsmitglied